Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 28 573
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 14. September 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. September 2021)

zum Thema:

Sachstand Hausprojekt „Jagow 15“

und **Antwort** vom 22. Sept. 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Sept. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/28 573
vom 14. September 2021
über Sachstand Hausprojekt „Jagow 15“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Hat der Senat bereits Erkenntnisse über die Vorfälle (Brandstiftung, Bombendrohungen, Sachbeschädigungen) und deren mögliche Hintergründe?
   1.1. Falls ja – welche konkreten Erkenntnisse sind das bzw. wie ist der aktuelle Sachstand?

Zu 1. und 1.1:
Die Ermittlungen zum Gesamtkomplex werden von der sachleitenden Staatsanwaltschaft Berlin und der Polizei Berlin geführt.
In dem in Bezug genommenen Verfahren dauern die Ermittlungen an, so dass konkrete Angaben zur Vermeidung einer Gefährdung des Untersuchungszwecks und damit des Ermittlungserfolgs derzeit nicht erfolgen können, da bei einer öffentlichen Preisgabe von Informationen die Gefahr besteht, dass Beteiligte gewarnt oder Zeugen in ihrem Aussageverhalten beeinflusst werden und damit ein Beweismittelverlust zu besorgen ist.

2. Kann eine politische Tatmotivation ausgeschlossen werden?
   2.1. Falls nein – von welcher politischen Tatmotivation gehen die Sicherheitsbehörden aktuell aus?

Zu 2. und 2.1:
Bei den Sachbeschädigungen geht die Polizei Berlin von Tatmotivationen aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts- aus. Bei den Brandstiftungen und Bedrohungen sind PMK-Zuordnungen derzeit nicht möglich.

Berlin, den 22. September 2021

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport